

Daraus resultiert u.a. auch:

- daß der unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten nicht erkannt und von der Mehrzahl der republikflüchtigen Personen das illegale Verlassen der DDR nicht als Republikflucht und Verrat, sondern nur als Verzug innerhalb Deutschlands bis zur Wiedervereinigung betrachtet wird. Dabei spekulieren diese Personen fast ausschließlich auf eine Lösung des deutschen Problems im westlichen Sinne;

- daß das internationale und nationale Kräfteverhältnis noch nicht richtig eingeschätzt und aus den Maßnahmen der Partei und Regierung sowie aus internationalen Ereignissen falsche Schlußfolgerungen gezogen und westlichen Argumenten Gehör geschenkt wird. So sind bei einer bedeutenden Anzahl von Republikflüchtigen bestimmte Unklarheiten, die auf Grund politischer Ereignisse entstanden und in diesem Zusammenhang verbreitete Gerüchte des Gegners Anlaß zur Republikflucht gewesen.
Zum Beispiel wurden aus dem Scheitern der Gipfelkonferenz, den Auseinandersetzungen um die Westberlinfrage (u.a. den gesetzlichen Maßnahmen der DDR zur Unterbindung der revanchistischen Tätigkeit) und aus der weiteren sozialistischen Umgestaltung der DDR (Landwirtschaft, Bildung des Staatsrates u.a.) Vorstellungen abgeleitet, daß die Grenzen geschlossen und der innerdeutsche Reiseverkehr durch weitere Einschränkung der PK 12 a endgültig unterbunden würde.
Besonders stark treten diese Stimmungen bei Angehörigen der Intelligenz und in Kreisen des Mittelstandes in Erscheinung;

- daß zeitweilige ökonomische Schwierigkeiten, besonders bei Angehörigen der technischen Intelligenz und Arbeitern, Zweifel an der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe auslösen.
Diese Stimmungen werden noch durch die Störungen im innerdeutschen Handel und damit im Zusammenhang stehender